



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 354), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLERSON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 16. April 1919.

4 Seiten.—Nr. 29.

Straßenkämpfe toben in München

Regierungstruppen erhalten Verstärkung und fahren Geschütze gegen die Kommunisten auf; der Streik in Danzig beigelegt

Arthur Gwinner über die deutsche Finanzlage

Berlin, 16. April. — München befindet sich, dem Berliner Tageblatt zufolge, wieder in Händen der Kommunisten; Lokale Truppen indessen haben Verstärkungen erhalten und bedienen sich gegen die Aufständischen, welche sich auf dem Zentralbahnhof verschanzt haben, der Artillerie. Bei einem vorherigen Gefecht in jenem Stadtteil waren die Regierungstruppen gezwungen, den Kommunisten zu weichen. Während Straßenkämpfe sind in München zu verzeichnen; die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist groß. Aus allen Teilen Bayerns treffen Lokale Truppen zur Bekämpfung der Regierungstruppen in München ein. Dem Berliner Tageblatt zufolge haben sich die Streikkräfte der Kommunisten aus Teilen der Garnison, roten Gardisten und Arbeitlosen zusammen, welche mit großer Erbitterung kämpfen. Da die Nahrungsmittelverknappung gegen München großes Leid unter der Zivilbevölkerung hervorruft, hat die sozialistische Regierung beschlossen, dieselbe aufzuheben.

Paris, 16. April. — Eine von der kaiserlichen sozialistischen Regierung erlassene Proklamation befiehlt, daß die Sowjettruppen in München von Regierungstruppen gelöst und Ministerpräsident Hoffmann der sozialistischen Regierung wieder Anerkennung verschafft hat. Es heißt, daß der Durchzug der polnischen Armee und General Haller von Frankreich nach Deutschland gestoppt worden ist.

Streik in Danzig beigelegt

Berlin, 16. April. — Der allgemeine Streik in Danzig ist beigelegt und die Arbeit in allen Industriezweigen wieder aufgenommen worden. Der Eisenbahnverkehr ist normal.

Die Lage in Braunschweig

Berlin, 16. April. — Die Unruhen in Braunschweig dauern immer noch an; mehrere Personen sind bei Zusammenstößen zwischen Soldaten und Spartakisten in Helmstedt, Schöningen und Verbschütz ihren Tod. Viele Bürger unterstützen in diesen Kämpfen die Regierungstruppen. Helmstedt, das sich seit geraumer Zeit in Händen der Spartakisten befand, wurde gestern von einer Abteilung Jäger genommen.

Der Nationalsozialismus

Berlin, 16. April. — In der gestrigen Schlußsitzung des Nationalsozialistischen Ausschusses wurde der Vorschlag, einen Preiswettbewerb nach Stuttgart zu senden, dem Zentralrat überwiesen. Der Antrag, laut welchem die ausnützige deutsche Politik beurteilt wird, wurde zum Beschluß erhoben und angenommen. Hierauf wurde der aus 28 Mitgliedern bestehende Zentralausschuß ernannt; derselbe ist die höchste Autorität aller Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte.

Amerikanische Nahrungsmittel

Koblenz, 16. April. — In dem tiefen amerikanischen Hauptquartier wurden letzten Samstag von der deutschen Regierung sieben Millionen Mark hinterlegt als Verpflegung für Nahrungsmittel, welche für die Bevölkerung in dem amerikanischen Okkupationsgebiet bestimmt sind. Während der letzten Woche verbrauchte die Regierung für diesen Zweck neun Millionen Mark. Der erste Zug mit Nahrungsmitteln fuhr letzten Samstag von Frankreich ab. Die Nahrungsmittel entlasten den amerikanischen Lagerhäusern in Frankreich. Die Bevölkerung von Trier, Koblenz, Neuwied und Montabaur erhielt diese Lebensmittel zu den von der Regierung festgesetzten Preisen.

Die deutschen Finanzen

Berlin, 16. April. — Der Direktor der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, hat einen amerikanischen Korrespondenten gegenüber Erklärungen abgegeben, in welchen es unter anderem heißt: „Europa ist ruiniert, und der Ruin wird vollständig werden, wenn wir nicht zusammenkommen und den ganzen Kontinent politisch und finanziell in eine Verfassung versetzen, dem Welt-

Legislatur ändert Primärwahlgesetz

Die Vorlage für Cooperative Banken in der letzten Minute verworfen.

Lincoln, 16. April. — Der Senat hat die Vorlage des Abgeordneten Reynolds von Omaha angenommen, wonach das Primärwahlgesetz geändert wird. Danach sind alle Staatsbeamten durch das Konventionssystem zu nominieren, außer der Staats-Senatoren, die Kongregale, Mitglieder der Legislatur und die unparteiischen Beamten. Die Beamten der County- und Zentral-Komitees und die Delegaten zu den County-Konventionen sind ebenfalls direkt zu ernennen. Die Legislatur hat die Vorlage nur mit Bedacht angenommen, schließlich stimmten im Senat aber doch 18 dafür und nur 11 dagegen.

Der Senat hat die Vorlage 501, zur Schaffung kooperativer Banken teils der Farmer, verworfen. Die Bill war die einzige, die sich in Händen des Komitees befand, als ein Antrag auf seine Annahme vorgetragen wurde, alle Bills, die sich noch in Händen des Komitees befanden, zu verworfen. Senator Taylor protestierte heftig gegen das Vorgehen, hatte nur zwei Senatoren, die ihm beistanden, Swanson und Chappell.

Eine Rechnung für \$759.32 von A. G. Sheldon wurde eingereicht für das Ausschreiben der Code Bill. Sheldon befand sich bekanntlich während des Krieges in Europa um Stoff zu sammeln für die Geschichte der Nebraska Truppen im Krieg und hat nebenbei noch Zeit gehabt, das große Lieblingsdokument des Gov. McKelvie zu schreiben.

Gov. McKelvie hat nun doch Frau A. G. Peterson von Harrois zum Mitglied des Staatskontrollrats ernannt, anstelle des zurückgetretenen E. D. Mayfield. Der Generalstaatsanwalt Davis hat nämlich ein Gutachten abgegeben, wonach kein Hindernis in der Verfassung besteht, welches einer Frau es unmöglich macht, an dieser wichtigen Verwaltungsbehörde zu dienen.

Stip-Stip System bleibt

Die Staats-Eisenbahn-Kommission hat die Bestimmung getroffen, daß das sogenannte Stip-Stip System der Straßenbahn in Omaha in Kraft bleiben wird. Die Kommission hat damit ihren früheren Standpunkt geändert und begründet dies damit, daß angeblich die Mehrheit der Bürger von Omaha für das jetzige Inhabersystem sind. In einigen Fällen soll jedoch an jeder Ecke angehalten werden, je nachdem die Verhältnisse es bedingen. Wo diese Ecken sind, wird von Zeit zu Zeit bestimmt werden.

Bankräubereien und kein Ende

Stratford, Okla., 16. April. — Ein maskierter Bandit drang gestern in das Gebäude der State Bank of Stratford, schloß den Sohn des Präsidenten, der sich allein in der Bank befand, in das Gewölbe ein, raubte \$15,000 und entkam mit seiner Beute in einem Automobil.

San Francisco, 16. April. — Zwei Banditen überfielen den Bank von Bank of California und beraubten ihn um \$34,000 Bargeld. Die Banditen fielen ihm mit Revolverkugeln in den Rücken, schleppten ihn dann in eine offene Sänfte und nahmen ihm das Geld ab. Mehrere Passanten waren Augenzeugen der Tat.

Internierte Nebraskaer frei

Salt Lake City, Utah, 16. April. — Zwanzig feindliche Ausländer, die in Fort Douglas interniert waren, sind von dem Justizamt gegen Parole in ihre Heimat heute entlassen worden. Es waren Internierte aus Portugal, South Dakota, Nebraska, Missouri und Kansas. Die Namen der Freigelassenen sind: Frederick Dabrowski, Frank Mandel, Albert Kaelis, Reinhold Peterson, Eric Starks, Ernest Somoff, John Gross, Karl Weir, Ernest Walker, John Murrison, Henry Radens, Sylvester Lundbeck, Fred Wittenberg, Carl Müller, Herman Scheel, Louis Dreisler, F. P. W. Schwinger, Ernest Sonntag, Jacob W. Wall und Otto Schuster.

Es sei zur Zeit unnötig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob Belgien Deutschland als Bundesstaat beitrete, jedenfalls aber müsse

Was Deutschlands Forderungen gewesen sein würden

Die „Deutsche Republik“ läßt sich darüber aus und greift Erzberger an.

Von Karl S. von Wiegand. Stabskorrespondent der Tribune und der „Sun“ (Copyright 1919; alle Rechte vorbehalten.)

London, 12. April, Berlin, 11. April. — Was Deutschlands Forderungen gewesen sein würden, hätte Matthias Erzberger, der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstands-Kommission und Staatsminister ohne Portefeuille, seinen Weg im Falle eines Sieges der deutschen Waffen gehabt, wird heute von der „Deutschen Republik“ veröffentlicht, wenn auch nicht deren offizielles Organ. Dieses Blatt bringt Enthüllungen, welche die frühere „Münchener Zeitung“ veröffentlichte, zum Abdruck, Enthüllungen, welche den alten Negierungen - Archiven entnommen sein sollen.

Es handelt sich in diesem Falle um ein Memorandum, welches von Erzberger verfaßt worden und an den Kanzler, den Chef des großen Generalstabs Moltke, den Kriegsminister Falkenhahn, den Marine-Sekretär Tirpitz und andere gelangt worden sein soll. Das Memorandum ist vom September 1914 datiert und zeigt, wie die ersten Siege des Krieges den Leuten zu Kopf stiegen.

Die „Deutsche Republik“ weist karikistisch darauf hin, wie Erzberger, das jetzige Mitglied der sozialistischen Soviet-Regierung, Vorkämpfer der Waffenstillstands-Kommission und „wandering Apostel der Böhmerland“, seinerzeit einen „gerechten Frieden“ sich gedacht hat. Die Briefe von Erzberger an Tirpitz und Falkenhahn, Moltke und Tirpitz, welche gleichfalls publiziert werden, zeigen, daß die betreffenden das Memorandum erhalten haben. Im allgemeinen wird in den Briefen erklärt, man nimmt den Ausführenden im großen Ganzen zu, doch müsse daran erinnert werden, daß die Zeit zur Verteilung der Beute nicht angebrochen sei.

Unter dem 6. September schreibt General v. Falkenhahn, er stimme dem zu, daß das Volk nicht umsonst die schweren Opfer bringen solle, doch erinnert er Erzberger daran, daß die Deutschen niemand hängen, die hätten ihn denn, daß es noch gar viel schwerer Opfer bedürfen werde, ehe das ersehnte Ziel erreicht sei.

Erzberger sagt in seinem Memorandum: „Das Ziel des Weltkrieges ist nach verschiedenen Ansichten, wie sie von den Gegnern Deutschlands zum Ausdruck gebracht wurden, Deutschland zu zermalmen und Österreich - Ungarn zu gerichteln. Die deutschen Siege zeigten bereits, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann.“ Erzberger führt dann weiter aus, die bringende Pflicht, welche sich aus diesen Siegen ergebe, die militärische deutsche Oberherrlichkeit auf dem Kontinent für alle Zeiten zu sichern, so daß das deutsche Volk sich mindestens für die nächsten hundert Jahre einer friedlichen Entwicklung erfreuen könne. Nur wenn dieses Ziel erreicht werde, sei die gebrauchte Opfer berechtigt und der Wunsch des Volkes erfüllt. Von diesem Gesichtspunkte aus müßten alle Friedensbedingungen betrachtet werden.

Erzberger sagt dann in dem angeführten Memorandum weiter: „Deutschland kann an seinen Grenzen fernerhin keine angeblich neutrale Staaten dulden, welche nicht in seine Hände fallen, auch die ihnen auferlegte Neutralität zu wahren. Das zweite Ziel muß die Ausschaltung der unerwünschten Bevormundung Englands in allen Fragen der Weltpolitik sein und drittens muß die Fortsetzung des russischen Vordringens herbeigeführt werden.“

Für diese Ziele sind die Deutschen in die ohne Gleichen dahingehenden Kämpfe eingetreten. Unter „Minimalansprüchen“ verlangt Erzberger mit Belgien und erklärt, nicht nur die belgische, sondern auch die ganze französische Klientel in Dänemark, Galizien, Bessarabien seien für Deutschland ebenso wichtig, wie die zur Zeit von den Engländern besetzte Normandie bis Cherbourg.

Es sei zur Zeit unnötig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob Belgien Deutschland als Bundesstaat beitrete, jedenfalls aber müsse

Insultiert die Fahne während eines Dinners

New York, 16. April. — Der Spring Club hatte im Waldorf Astoria gestern Abend ein Dinner. Senator Chamberlain, der Festredner, regierte am Ende seiner Ansprache ein Gedicht, betitelt „Die amerikanische Fahne“. Kaum hatte er die Schlussverse beendet, als vom Hintergrunde des Saales die Worte erschollten: „Zur Hölle mit der amerikanischen Fahne!“ Ein ungeheurer Aufbruch entstand. E. W. Mitchell, Vizepräsident der Texas & Oklahoma Oil Co., erreichte den Schreier zuerst und befehle ihm einen Faustschlag ins Gesicht. Im darauf folgenden Handgemenge erhielt Mitchell selbst einen Schlag ins Gesicht, der Schreier erreichte, von Freunden umgeben, eine Seitentür und entkam.

Bundesobergericht über Prohibition

Washington, D. C., 16. April. — Das Bundesobergericht hat zwei Entscheidungen getroffen, die von großen Interesse für Personen sein dürften, die gern geistige Getränke aus „naiven“ Staaten beziehen möchten. Die erste Entscheidung hebt das Verbot auf, geistige Getränke überhäuft zu verkaufen. Geistige Getränke können nach dieser Entscheidung durch einen „troffenen“ Staat gefordert werden, ohne daß darauf Verzicht gelegt werden kann. Die zweite Entscheidung ist die, daß keine Person eine größere Quantität Getränke im Besitz haben darf, als das Gesetz erlaubt, selbst wenn der Vorrat vor der Inkraftsetzung des Prohibitions-Gesetzes eingekauft worden war. Die zweite Entscheidung läßt durchschimmern, daß jede geistliche Einschränkung seitens des Staates, den Handel zu verbieten und einzuschränken, bindende Kraft hat, wo der Staat die Quantität, die er haben darf, über die Bedingungen, unter denen Schnaps nach Einführung der Prohibition erlangt werden darf, beschränkt.

In Texas sind zehntausend Dollar für einen Ochsen bezahlt worden, aber der höchste Preis, der dort für Ochsen bezahlt worden ist, ist das nicht. Wilsy Sinsch hat man sich bedeutend mehr kosten lassen.

Deutschland keine Kohlenstationen und keine Lagerhäuser entlang der Grenze haben. Die Amerikaner großen französischen Gebiets werde wohl kaum angänglich sein, jedenfalls aber müsse das an Belgien antastende Gebiet genommen werden, bezüglichen die Erzähler im französischen Lager, auch möchte er gerne die deutsche Frage über Selbstwert setzen, wenn sich Frankreich nicht dazu verheße, die Festung niedergulassen.

Die östlichen Probleme seien schwerer zu entscheiden, weil hier Österreich - Ungarn mitzusprechen habe. Die Vertretung der nicht-russischen Volksstimmen von dem moskowitzischen Joch sei indes absolut geboten. Die sollten unter deutscher Militärverwaltung ihre eigene Administration einrichten.

Ein unabhängiges Polen hält Erzberger für die berechtigten deutschen Interessen nicht für geboten. Sollte es aber doch dazu kommen, so verlangt er für das Königreich eine katholische Dynastie.

In Afrika verlangt Erzberger einen großen Landstrich nach den Plänen des verstorbenen Kaiserlichen Botschafters, der sich von Dares Salaam bis Senegambien erstrecken sollte, den französischen und belgischen Kolonien, sowie das englische Nigeria und Dahome und die französische Westküste in sich schließend. Ägypten würde Erzberger Österreich und Tunis Italien geben. Des weiteren verlangte Erzberger das ganze alte Ägypten als Kriegsentschädigung zum Betrag von mindestens 10 Milliarden Mark. Bismarck-Dollweg schreitet in seinem Antwortbrief: „Obwohl die Möglichkeiten zu erlangen werden können, so hängt doch die schließliche Entscheidung vollständig von den weiteren Entwicklungen ab.“

Moltke schreibt: „Zur Zeit ist es notwendig, den uns aufzugehenden Kampf bis zum Ende durchzuführen, und ich bitte deshalb um Entschuldigung, wenn ich mich auf Einzelheiten nicht einlasse.“ Tirpitz erklärt sich mit Erzbergers Ansichten einverstanden, setzt aber hinzu: „Die härtesten und schwersten Kämpfe stehen uns immer noch bevor.“

Die Reiseroute der deutschen Delegaten

Der Weg nach Versailles wird durch zerstörtes Gebiet zurückgelegt werden; Clemenceau wird die Bedingungen vorsehen

Wilson bleibt bis zum Friedensabschluß drüben

Paris, 16. April. (Von William Philip Simms.) — Die deutschen Friedensdelegaten werden auf ihrer Reise nach Versailles Paris nicht betreten. In Köln werden sie einen Spezialzug besteigen und durch das von den Deutschen verwüstete Gebiet nach Versailles befördert werden. Sie werden ihren Weg über Lüttich, Namur, Mauberge und Charleroi nehmen, die Sindenburg - Linie und das Somme-Schlachtfeld passieren. In Versailles angelangt, werden sie in der Hotel de Ville untergebracht und im Trianon Palast werden sie mit den Delegaten der Alliierten konferieren. Clemenceau wird ihnen die Bedingungen vorlesen; bis zum 10. Mai müssen sich die Delegaten entscheiden, ob sie dieselben annehmen wollen oder nicht. Weigert sich Deutschland dessen, dann wird der Waffenstillstand binnen 72 Stunden aufgehoben. So verlautet heute in hiesigen französischen Kreisen. Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls wird im Speiseaal vor sich gehen.

Paris, 16. April. (Von Carl D. Groat, Korrespondent der United Press.) — Es wird autoritativ mitgeteilt, daß Präsident Wilson in Paris bleiben wird, bis der Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet worden ist. Die von mehreren französischen Zeitungen aufgestellte Behauptung, der Präsident würde entweder am 26. oder 28. April nach Amerika abreisen, wird als irrig bezeichnet.

Personen, die dem Präsidenten nahe stehen, betonen auf dessen Auslassungen in seiner New Yorker Rede, wonach er sagte, „er würde so lange drüben bleiben, bis dort alles vorüber ist.“ Diese Leute glauben, daß die Friedensprotokolle mit den übrigen Richten gleichzeitig mit denjenigen Deutschlands unterzeichnet werden können. Ist dieses aber nicht möglich, dann wird Herr Wilson in Paris bleiben, bis der Frieden mit Deutschland zur Tatsache geworden ist. Die Erledigung aller übrigen Geschäfte wird er dann Col. House überlassen.

Einzelheiten, was bei dem Eintreffen der deutschen Delegaten in Versailles geschehen soll, werden jetzt ausgearbeitet. Es ist die Absicht, daß die „Großen Vier“ eine Konferenz mit den deutschen Friedensdelegaten haben; in derselben werden ihnen die Friedensbedingungen unterbreitet werden. Diese Konferenz wird eine geheime sein und soll den Zweck haben, alle Geschäfte zu erledigen, ohne daß es zu ausgedehnten Debatten kommt. Die Sitzungen mit den Deutschen dürfen etwa zehn bis fünfzehn Tage dauern.

Die deutschen Delegaten werden am 24. April in Versailles erwartet.

Das Sprachengesetz wird angefochten

Das neue Sprachengesetz, die Simon-Bill, bestimmend, daß Fremdsprachen selbst bei Erteilung von Religionsunterricht nicht gebraucht werden dürfen und daß kein fremdsprachlicher Unterricht in irgend einer Schule erteilt werden darf, außer an Schülern, die den 8. Grad absolviert haben, ist jetzt in Nebraska in Kraft. Das Gesetz ist eines der ungerechtesten und unvernünftigsten, das noch jemals ein Gesetzbuch verzeichnet hat. Es ist aber mal Gesetz und sollte von allen Kirchengemeinden, die davon betroffen, befolgt werden, bis die Gerichte über seine Konstitutionalität entschieden haben. Nur auf diese Weise können Faktoren, Lehrer und Gemeindevorstände die Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen. Daß das Gesetz in Wäldern in den Gerichten angefochten werden wird, das wurde uns aus guter Quelle mitgeteilt, trotzdem wir heute noch nicht in der Lage sind, die Einzelheiten anzugeben. Hervorragende Rechtsanwältinnen haben die Sache jetzt in Verantw. Die interessierten Kirchengemeinden beabsichtigen, das Gesetz in den Gerichten auf seine Rechtfertigung prüfen zu lassen, weil es ihrer Ansicht nach gegen die Religionsfreiheit und gegen die gebietigen Rechte der Eltern verstoße; weil der Staat sich in dem Gesetz Rechte anmaßt, die er nicht besitzt, unveräußerliche Rechte der Eltern, die in der Erziehung der Kinder auch ein Wort mitzureden haben. Wir geben den von dem Gesetz Betroffenen den Rat, sich an Herrn Pastor R. Matuschka, Plimouth, Neb., um weitere Auskunft bezüglich desselben zu wenden. Herr Pastor Matuschka war während der Legislaturperiode in Lincoln zugegen, kennt das Gesetz und weiß, welche Folgen es nach sich ziehen wird. Er dürfte jedenfalls auch über die Schritte gründlich unterrichtet sein, die unternommen werden, um das Gesetz in den Gerichten anzufechten. In der Tribune sind viele Anfragen über das Gesetz eingelaufen, und alle haben wir dahin beantwortet, daß das Gesetz zu befolgen, bis es widerrufen ist. Eine Omaha'er Kirchengemeinde hat auch bereits den Generalstaatsanwalt um ein Gutachten über das Gesetz erlucht, und sollte dieses das Gesetz abgeben, so wird es von uns veröffentlicht werden. Ein solches Gutachten sollte wenigstens in einigen Städten Markt in das Gesetz bringen. In der Zwischenzeit ist es jedoch ratsam, sich an Pastor Matuschka um weitere Auskunft zu wenden und das Gesetz zu befolgen.

Californias Prohibitions-Gesetz unterzeichnet

Sacramento, Cal., 16. April. — Gov. Stephan hat das Prohibitions-Gesetz unterzeichnet.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgebung und Nebraska: Schön heute Abend und Donnerstag. Steigende Temperatur. Für Iowa: Allgemein schön heute Abend und Donnerstag, außer Regen oder Schnee im äußersten nördlichen und östlichen Teil. Etwas wärmer Donnerstag.

Neuer Roman in heutiger Tribüne „Keine Entführung“ Roman von Louise Westrich Interessante und spannende Lektüre, die sich kein Leser entgehen lassen sollte. Die Tribüne.